

Bayreuth, 09.06.2026

Seminarankündigung für das Wintersemester 2026/2027 „Verwaltungsrechtliche Fragen des Rechts der Politik“

Im kommenden Wintersemester 2026/2027 veranstalte ich ein Seminar zum Thema „Verwaltungsrechtliche Fragen des Rechts der Politik“. Stattfinden wird es voraussichtlich am Donnerstag, den 21.01.2027 und am Freitag, den 22.01.2027.

Die Polarisierung des Parteienspektrums und das Erstarken der politischen Ränder haben zu einer deutlichen Vermehrung der Streitigkeiten innerhalb des politischen Betriebs geführt und eingeübte Gewohnheiten unsicher werden lassen. Das Seminar greift ausgewählte Fragestellungen aus diesem Bereich auf, die Wissenschaft und Praxis derzeit beschäftigen. Nachdem ich im Seminar des SoSe 2026 staatsrechtliche Fragen des „Rechts der Politik“ behandelt habe, liegt der Fokus diesmal auf verwaltungsrechtlichen Fragestellungen, die spezifisch auf die Funktionsbedingungen der Politik in einer veränderten politischen Landschaft ausgerichtet sind.

Das Seminar eignet sich insbesondere für Studierende ab dem 3./4. Fachsemester, die vorzugsweise die Vorlesung Besonderes Verwaltungsrecht gehört haben. Das staatsrechtliche Seminar zum Recht der Politik muss nicht besucht worden sein.

Zu schreiben ist eine (bis zum 11.01.2027 anzufertigende) 15-seitige Seminararbeit, deren Erkenntnisse und Thesen in einem Seminarvortrag (mit Diskussion) vorzustellen und zu verteidigen sind.

Es stehen die folgenden 15 Themen zur Auswahl:

1. Möglichkeiten und Grenzen der meinungsbezogenen Beschränkung von Versammlungen
2. Die Bewältigung des Aufeinandertreffens von Demonstration und Gegendemonstration im Versammlungsrecht
3. Die Mitgliedschaft einer Kommune in einer „Allianz gegen Rechtsextremismus“
4. Die Versagung des Zugangs zu öffentlichen Einrichtungen wegen zu erwartender antisemitischer oder nationalsozialistischer Inhalte (Art. 21 Abs. 1a GO)
5. Haben Kommunen ein allgemeinpoltisches Mandat?
6. Bürgerbegehren und -entscheid als politisches Instrument
7. „Wahlkampfverwaltungsrecht“ – Zugang zu Rundfunk und zum öffentlichen Straßenraum

8. Politische Spannungen im Geschäftsgang und bei der Organisation des Gemeinderats (z.B. Fraktionsmindeststärke; Spiegelbildlichkeitsgrundsatz in Ausschüssen)
9. Die Rolle der Verwaltungsgerichte bei der politischen Streitschlichtung im Kommunalrecht
10. Äußerungsbefugnisse kommunaler Amtsträger
11. Der Streit um kommunale Steuern (kommunale Verpackungsteuer und kommunale Übernachtungssteuer)
12. Möglichkeiten der Kommunalaufsicht gegenüber einer den Vollzug der Gesetze verweigernden Gemeinde
13. Die Rechtsstellung eines Gemeinderatsmitglieds, insbesondere auch im Vergleich zum Abgeordnetenstatus
14. Zum Umgang mit (möglicherweise) verfassungsfeindlichen Landräten vor und nach der Wahl
15. Das Zusammenspiel von Gemeinden, Polizei und kommunalen Ordnungsdiensten

Interessenten werden gebeten, sich bei Herrn Tobias Konrad (tobias.konrad@uni-bayreuth.de, Tel. 0921/55-6215) zu melden und einen Themenwunsch anzugeben.

gez. Prof. Dr. Markus Möstl